

Stellungnahme von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Haushalt 2024 und der Finanzplanung 2025 – 2027

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ballas,
sehr geehrte Mitarbeiter*innen der Gemeindeverwaltung, geschätzte
Kolleg*innen des Gemeinderates, werte Bürger*innen,
sehr geehrte Vertreter*innen der Medien,

vielen Dank an Herrn Kämmerer Wolf für die Ausarbeitung der Zahlen und Fakten des
Haushaltsplans 2024 sowie der Finanzplanung 2025 – 2027.

Der kommunale Haushalt – nicht selten verzweifeln viele schon beim ersten Blick auf das „dicke
Haushaltsbuch“ von mehreren hundert Seiten. Der Haushaltsaufstellungsprozess stellt eine
große Herausforderung dar, vor allem für ehrenamtliche Gemeinderät*innen, die
Kommunalpolitik neben der eigentlichen beruflichen Tätigkeit, der Familie und der Betreuung
der Kinder oder zu pflegenden Angehörigen machen. Das Zahlenwerk enthält sehr viele
Informationen und die Zusammenhänge sind komplex. Auswirkungen von Investitionsvorhaben
auf die folgenden Haushaltsjahre müssen stets mitbedacht werden.

Zuletzt sind es aber die ehrenamtlichen Mitglieder in den kommunalen Gremien, die über den
Haushalt endgültig entscheiden. Die Genehmigung oder auch Ablehnung wird dann von der
Kommunalaufsicht des Landratsamtes Nürnberger Land erteilt.

Das Ablehnungsschreiben der Kommunalaufsicht für den ersten Entwurf der Haushaltssatzung
und des Haushalts 2024 liegt der Gemeindeverwaltung seit dem 29. Februar 2024 vor.

Dass die nun in Folge dessen überarbeitete Haushaltssatzung, der Haushaltsplan sowie der
Finanzplan – versehen mit dem Datum vom 26. März 2024 - mit einem Umfang von insgesamt
rund 450 Seiten erst am 04. April den Gemeinderät*innen zur Verfügung gestellt wurde, macht
die ehrenamtliche Arbeit des Gemeinderates nicht einfacher, zumal wir im Vorfeld um
rechtzeitige Zurverfügungstellung gebeten hatten.

Wir haben uns dennoch um eine umfassende Würdigung bemüht.

Haushalt 2024

Wie von unserem Kämmerer Herrn Wolf aufgezeigt, ist die Liste der Pflichtaufgaben lang und häufig mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden. Die Gemeinde kommt aber trotz des Einbruchs bei den Steuereinnahmen nicht umhin, die im Vermögenshaushalt bereits beschlossenen Maßnahmen fertigzustellen. Große Ausgabepositionen werden in den kommenden Jahren die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Kinderbetreuungsplätzen, verschobene Straßensanierungsmaßnahmen, Ausbau des Stromnetzes sowie die gesetzlich vorgeschriebene Dichtigkeitsprüfung und Sanierung des Schmutzwasserkanalnetzes sein.

Für die Investitionen wurde eine Kreditaufnahme in Höhe von rd. 1,3 Mio. EUR festgesetzt. Um den Vermögenshaushalt auszugleichen, ist eine Entnahme aus den Rücklagen in Höhe von 2,23 Mio. EUR bis zum gesetzlich vorgeschriebenen Mindestbestand erforderlich.

Das größte angedachte Bauprojekt, nämlich der Neubau der Grundschule, bereitet nach wie vor Kopfzerbrechen.

Im Mitteilungsblatt Ausgabe April 2023 hat Herr Bürgermeister Ballas den Bürger*innen nach Planungsstopp des ursprünglichen Entwurfes des Neubaus zu Gunsten der vom Gemeinderat am 9. März 2023 beschlossenen kostengünstigeren Alternativen mitgeteilt,

“dass die Ergebnisse der beschlossenen Planungsschritte im Herbst [Anmerkung: 2023] dem Gemeinderat vorgestellt werden und die Entscheidung, welche Planung zur Ausführung kommt, umgehend getroffen wird”.

Bis heute wurde im Gemeinderat noch keine detaillierte Planung besprochen, nur eine Schätzung.

Ohne Planung kann kein Förderantrag gestellt werden und ohne ausreichende Fördermittel ist eine Genehmigung einer Finanzierung nicht möglich. Von der Regierung in Mittelfranken wurden in Gesprächen bislang wohl nur Förderungen in Höhe von üblichen 40 - 50 Prozent in Aussicht gestellt, die für uns bei weitem nicht ausreichend ist.

Die Gemeinde muss in der Lage sein, die Kosten zu stemmen und die Leistungsfähigkeit zu bewahren. Eine höhere Förderquote ist daher zwingend notwendig, näheres dazu an späterer Stelle.

Wir, die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprechen uns nach wie vor grundsätzlich für den Neubau der Waldschule aus, da es sich um eine Investition für die Zukunft unserer Kinder handelt.

Bislang ist es nicht gelungen, für eine Verbesserung der Finanzmittel, zusätzliche Einnahmen zu generieren. Ausgaben wurden bereits auf den Prüfstand gestellt und zum Teil gekürzt oder verschoben. Auch wenn es keinem von uns leichtfällt, müssen die freiwilligen Leistungen, die ca. 350 TEUR in Summe betragen, endlich genauer analysiert werden, ob es hier Einsparungspotential gibt.

Leider fehlen bislang auch zwingend notwendige Investitionen in den Klimaschutz.

Wir hatten bereits letztes Jahr gefordert, dass wir in diesem Bereich mehr tun müssen. Es nützt nichts, wenn Gelder zwar eingestellt werden, diese dann aber nicht genutzt werden. Es kann bislang keine verlässliche Aussage darüber getroffen werden, wie viel CO₂ in der Gemeindeverwaltung erzeugt wird, geschweige denn, wie zukünftig CO₂ eingespart werden kann. Wir fragen uns, wie die Verwaltung bis 2030 Klimaneutralität erreichen soll?

An dieser Stelle sei an das Bayerische Klimaschutzgesetz vom 1. Januar 2023 erinnert, in dem den Kommunen aufgrund ihrer Vorbildfunktion empfohlen wird, klimaneutrale Verwaltungen sogar bis 2028 zu erreichen, Art. 3 Abs. 5 BayKlimaG.

So vergeht Tag für Tag, Monat für Monat, Jahr für Jahr, ohne dass beim Klimaschutz in Rückersdorf merklich etwas voran geht. 100 Bäume -finanziert aus einem Förderprogramm des Bayerischen Umweltministeriums- zu pflanzen, ist allenfalls eine klimaschützende Maßnahme im homöopathischen Bereich.

Es muss endlich alles getan werden, um das beschlossene 1,5° Ziel vom Pariser Klimaschutzabkommen einzuhalten. Die Maßnahmen müssen auch von und in den Kommunen vor Ort umgesetzt werden. Erst vor einigen Tagen wurde vom Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg ein wegweisendes Urteil gefällt:

Klimaschutz ist ein Menschenrecht!

Das Urteil sollte auch uns mahnen, dass bereits jetzt die Weichen für eine klimaneutrale Zukunft gestellt werden müssen. Nur so können wir die Freiheit und Gesundheit aller Menschen sichern. Vielen ist immer noch nicht klar, was der Klimawandel für globale Folgen für uns haben wird!

Die Fraktion *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* wird dem Haushalt 2024 gemäß den Vorgaben der kommunalen Aufsicht trotz allem mehrheitlich zustimmen, da sonst der Weiterbetrieb gefährdet ist.

Finanzplanung 2025 - 2027

Die uns vorliegende Finanzplanung für die Jahre 2025 – 2027 bereitet uns Sorge.

Die großen Kostenpositionen wie Neubau der Waldschulde und einer Kindertageseinrichtung, die ausschlaggebend für die Ablehnung des Haushaltsentwurfs 2024 von der Kommunalaufsicht waren, wurden in das Jahr 2025 verschoben. Gelöst ist das Finanzierungsproblem damit aber nicht. Das Problem, dass Kinder in nicht geeigneten Containern und einer maroden Schule weiterhin untergebracht werden müssen, ebenfalls nicht. Hier müssen endlich Lösungen gefunden werden.

Nach Abzug der in Aussicht gestellten Fördermittel ergäbe sich ein Schuldenstand von 9,8 Mio. EUR, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 2.045 EUR entspräche. Zum Vergleich: die Pro-Kopf Verschuldung vergleichbarer Kommunen entspricht 692 EUR (Stand: 31.12.2022).

Natürlich wird es davon abhängen, ob die Gemeinde weiterhin Einnahmeverluste zu verzeichnen hat, ob alle geplanten Maßnahmen zeitlich so überhaupt umgesetzt werden und in welcher Höhe Förderungen tatsächlich generiert werden können.

Es wurden auch hier aus unserer Sicht viel zu wenig Mittel für den Klima- und Umweltschutz eingeplant.

Da es sich letztendlich um eine Planung mit vielen Unwägbarkeiten und nicht alle Maßnahmen final entschieden sind, stimmt die **Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Finanzplanung 2025 – 2027 trotz allem mehrheitlich zu.**

Die vordringlichste Aufgabe des Bürgermeisters und der Gemeindeverwaltung wird es sein, Fördermöglichkeiten, vor allem für den Neubau der Waldschule und der Kindertageseinrichtung sowie für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen zu generieren, wenn die Projekte weiterverfolgt werden sollen. Es müssen alle erdenklichen Mittel ausgeschöpft werden, damit die Finanzierung realisiert werden kann, ohne die Kommune bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit zu verschulden.

Nur alleine aus Steuereinnahmen wird die Finanzierung kostenintensiver Projekte nicht möglich sein.

Wir appellieren an dieser Stelle abermals an die Bayerische Staatsregierung, mehr Haushaltsmittel bereitzustellen und auszuzahlen, um betroffene Kommunen, die durch die Pflichtaufgaben wie die Bereitstellung von Hort-, Kinder- und Schulplätzen finanziell stark belastet und überfordert sind, zukünftig ausreichend zu unterstützen, um kommunale Überschuldungen zu vermeiden.

Am "Tag der Vereine" in 2023 erklärte der bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder Rückersdorfer Bürger*innen, dass dafür ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stünden. Die Gemeinden müssten diese nur abrufen.

Würden wir sehr gerne tun!

Dafür bräuchten wir aber eine höhere Förderquote, ansonsten lehnt die Kommunalaufsicht wiederholt den Haushalt ab, da finanziell nicht leistbar. Eine höhere Förderquote bekommen wir aber nur, wenn die Verschuldung der Gemeinde höher ist.

Diese Widersprüche sind anscheinend der Bayerischen Staatsregierung und dem verantwortlichen Ministerpräsidenten Herrn Dr. Söder nicht bewusst oder interessieren ihn nicht.

Lieber werden fragwürdige teure Projekte, wie z.B. der Ausbau des Frankenschnellwegs zu einer Stadtautobahn oder eine Magnetschwebbahn in Nürnberg, finanziell stark unterstützt.

Deshalb unser Vorschlag:

Lasst uns doch einmal einige Mitglieder des bayerischen Landtags sämtlicher Fraktionen, die für uns Ansprechpartner*innen im Nürnberger Land sind, an einen runden Tisch holen, um unsere Problematik zu schildern.

Seitens der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im bayerischen Landtag stehen unsere Landtagsabgeordnete MdL Frau Verena Osgyan, MdL Frau Dr. Sabine Weigand und MdL Herr Christian Zwanziger für ein Gespräch bereit.

Am Ende möchten wir noch den Mitgliedern des Gemeinderates und allen ehrenamtlichen Helfer*innen danken, die in ihrer Freizeit Verantwortung für unsere Gemeinschaft in Rückersdorf übernommen haben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ihre Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**



Nicole Anclam
Fraktionsvorsitzende
Gemeinderätin



Susanne Gegler
Gemeinderätin



**Karl-Josef Raab-
Seibold**
Gemeinderat